

Amtspresse in Preußen: zur Erschließung der Provinzial-Correspondenz und Neuesten Mittheilungen

Hoppe, Albrecht; Stöber, Rudolf

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hoppe, A., & Stöber, R. (2012). Amtspresse in Preußen: zur Erschließung der Provinzial-Correspondenz und Neuesten Mittheilungen. *Historical Social Research*, 37(4), 150-171. <https://doi.org/10.12759/hsr.37.2012.4.150-171>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Amtspresse in Preußen. Zur Erschließung der *Provinzial-Correspondenz* und *Neuesten Mittheilungen*

Albrecht Hoppe & Rudolf Stöber *

Abstract: »Official Press in Prussia. Building Access to the *Provinzial-Correspondenz* and *Neuesten Mittheilungen*«. The paper describes the internet project "Digitalisation of Prussia's official press". It was funded by the DFG. The project deals with the "Provinzial-Correspondenz" (PC, 1863-1884) and the "Neueste Mittheilungen" (NM, 1882-1994). Both papers were founded in an immense political crisis; both papers were important propagandistic instruments of Otto von Bismarck. The project enables access to a central source material of the late 19th century. It works on commentaries for subjects, persons and locations. Condensed abstracts offer surveys for both correspondences. A systematic index provides navigation from topic to topic.

Keywords: Germany, Bismarck Era, propaganda, digitalisation, mass communication.

1. Die Korrespondenzen

1.1 Einführung

Allgemein ist bekannt, dass Otto von Bismarck mit Wort und Schrift virtuos umzugehen verstand. Doch hinsichtlich seiner – modern gesprochen – Öffentlichkeitsarbeit dürfte vermutlich v.a. an die Benutzung einzelner Zeitungen und Journalisten gedacht werden: seien es die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ oder das „Hamburger Fremdenblatt“, Moritz Busch oder Emil Pindter. Oder man erinnert daran, dass Bismarck die „Neue Preußische Zeitung“ („Kreuzzeitung“), die ihn später so heftig bekämpfte, 1848 mitbegründete.

Die mit weitem Abstand finanzintensivsten, organisatorisch aufwendigsten, die größten Reichweiten und die besten publizistischen Erträge erzielenden pressepolitischen Maßnahmen sind hingegen aus dem historischen Bewusstsein weitgehend verschwunden. Das liegt daran, dass das Verbreitungsinstrument,

* Rudolf Stöber, Universität Bamberg, Institut für Kommunikationswissenschaft, An der Weberei 5, 96047 Bamberg, Germany; rudolf.stoeber@uni-bamberg.de.
Albrecht Hoppe, An der Weberei 5, 96047 Bamberg, Germany; albrecht.hoppe@t-online.de.

die preußischen Kreisblätter, recht unscheinbar war; aber auch daran, dass die Steuerungsinstrumente z.T. bewusst verschleiert wurden. Das hier vorzustellende Projekt behandelt diese vergessene Pressepolitik; es erschließt eine zentrale Quelle zur Politik der Bismarck-Zeit, ca. 13.000 Seiten zweier Korrespondenzen; sie bieten Zugang zu jedem inhaltlichen Thema, ob wichtig oder unwichtig, zu allen oben genannten außen- wie innen-, wirtschafts- wie sozial-, rechts- wie kultur-, struktur- wie bildungs- wie militärpolitischen Stichworten: Das DFG-Projekt erschließt die „Provinzial-Correspondenz“ (PC, 1863-1884) und die „Neueste Mittheilungen“ (NM, 1882-1994) mit einem Sach-, Personen- und Ortskommentar, mit Regesten und einem systematischen Index. Zugleich werden PC und NM in Volltext und als Imagedateien ins Internet gestellt.

Die Bedeutung der „Provinzial-Correspondenz“ ist in Umrissen bekannt. Sie war die größte Wochenzeitung ihrer Zeit und würde jeden citation index der Parteiblätter der 1860er-1880er Jahre anführen; sie galt als Stimme ihres Herrn, des preußischen Ministerpräsidenten und Reichskanzlers Otto von Bismarck; sie war agenturähnliche Korrespondenz, amtliches Anzeige-, Publikations- und Dokumentationsorgan und wöchentliche Beilage der Kreisblätter. Als sie sich verbraucht hatte, wurde sie in den 1880er Jahren von den unauffälligen „Neueste Mittheilungen“ abgelöst, die aus dem Bismarck'schen Geheimfonds, dem sogenannten „Reptilienfonds“ alimentiert wurde; die NM stand im Zentrum einer konspirativen „neuen Presseorganisation“, mit welcher eine der Regierung günstige Stimmung erzeugt werden sollte. Vermittlungsinstrument war die konservative, ländliche Kreisblatt-Presse. Diese Blätter hatten in den 1870er Jahren noch überwiegend eine Auflage von unter 2.000 und später selten über 5.000. Kumuliert dürften sie jedoch ein Fünftel bis ein Viertel der Gesamtauflage der damaligen preußischen Tagespresse erreicht haben. Bevor das Projekt beschrieben wird, soll zunächst ein sehr straffer Überblick über Gründung, Entwicklung und Organisation der Korrespondenzen gegeben werden. Ausführlicher ist die Geschichte beider Korrespondenzen andernorts nachzulesen.¹

1.2 Die Gründung der Korrespondenzen

Im Heereskonflikt von 1862 bis 1866 hatte die liberale Landtagsmehrheit die Budgetbewilligung für eine Heeresvergrößerung und -reform verweigert. Während König Wilhelm I. an Rücktritt dachte, riet ihm der in der Krise ernannte Ministerpräsident Otto von Bismarck dazu, ohne bewilligtes Budget zu regieren. Die Pressordonnanz vom 1. Juni 1863 unterdrückte die kritisch-liberale Presse; mit der konservativ-ländlichen Presse wollte Bismarck zudem Gegengewicht zur herrschenden öffentlichen Meinung schaffen. In Teilen folgte er

¹ Detaillierter und mit weiteren Quellenbelegen ist die Geschichte der beiden Korrespondenzen dargestellt in: Stöber 1996; Stöber 1999.

dabei einem bei dem hochkonservativen Publizisten und Sozialreformer Hermann Wagener bestellten Gutachten.²

Die Aktivierung der Kreisblätter war naheliegend; in der Verfassung, in der sich die meisten Anfang der sechziger Jahre befanden, hätte das aber wenig bewirkt.³ Inhaltlich mussten die Kreisblätter interessanter werden und dazu empfahl sich die Gründung einer Zentral-Korrespondenz. Schon in den 1850ern hatte eine „Provinzial-Correspondenz“ existiert.⁴ Ihr entlieh man den Namen. Als Konzeptvorlage für die jüngere PC nach 1863 diente eine englische Korrespondenz, auf die der preußische Botschafter in London, Albrecht von Bernstorff, Ministerpräsident Bismarck aufmerksam gemacht hatte.⁵ Das erste Probeblatt erschien am 31. März 1863, die erste reguläre Nummer am 1. Juli.⁶ Die Korrespondenz lieferte – in moderner Terminologie – den zentralen, politischen Mantel für die Kreisblätter. Sie wurde in lockerer Verbindung mit dem Literarischen Büro des preußischen Innen- bzw. Staatsministeriums herausgegeben und diente als publizistisches Sprachrohr der Berliner Regierung. Die PC sollte zunächst einmal, später zweimal die Woche erscheinen.⁷ Doch blieb es bis zur Einstellung bei dem wöchentlichen Erscheinungsrhythmus.

1881 schien sich die Krise der Konfliktszeit zu wiederholen. Bismarcks öffentliches Ansehen hatte einen Tiefpunkt erreicht. Die Reichstagswahlen vom 27. Oktober offenbarten, dass für seine Politik im Reich die Mehrheit fehlte; die Nationalliberalen und die konservativen Parteien büßten fast die Hälfte ihrer Sitze ein; das durch die Erfolge der Reichseinigung gewonnene Ansehen war verspielt; Bismarck sah sich im Reichstag einer negativen Mehrheit gegenüber. So hoben Otto von Bismarck und sein Innenminister Robert von Puttkamer im Winter 1881/1882 eine „neue Presseorganisation“ aus der Taufe. Puttkamer konnte Bismarck am 5.4.1882 schreiben, dass der „mit Hochdemselben vereinbarte Plan“ Gestalt annehme.⁸ Mit der Regelung von Details wurde Lud-

² Denkschrift Hermann Wagener an Otto von Bismarck vom 18.4.1863, in: Otto-von-Bismarck-Stiftung Friedrichsruh (OBS) B 120, Bl. 34-40. hier: 38R-39. Vgl. Saile 1958, 73-78, 138-144.

³ PrMI an RegPräs, Runderlass vom 9.2.1863, in: GStA I.HA, Rep. 77, tit. 53, Nr. 35, Bd. 2, Bl. 77-78R, hier 78R.

⁴ Promemoria über die Einrichtung und Thätigkeit der Königlichen Centralstelle für Preßangelegenheiten, in: GStA I. HA, 2.3.35 (Lit Büro), Nr. 1, Bl. 58-113, hier 74R-75R.

⁵ Preußischer Botschafter an PrMinPräs, Schreiben vom 4.1.1863, in: GStA I.HA, Rep. 77, tit. 53, Nr. 35, Bd. 2, Bl. 66.

⁶ GStA I. HA, 2.3.35 (Lit Büro), Nr. 167, Bl. 5. Vgl. B.H. Rübener an Oberhofdruckerei, Schreiben vom 31.5.1863, in: GStA I. HA, 2.3.35 (Lit Büro), Nr. 167, Bl. 20. Aktenvermerk B., in: Ebd., Bl. 20R. PrMI an RegPräs, Runderlass vom 23.6.1863, Tb IA 6290, in: GStA I. HA, 2.3.35 (Lit Büro), Nr. 167, Bl. 63.

⁷ PrMI an PolPräs, Schreiben vom 2.5.1863, Tb C.P.1036, in: GStA I. HA, 2.3.35 (Lit Büro), Nr. 167, Bl. 9.

⁸ PrMI an Reichskanzler, Schreiben vom 5.4.1882, in: GStA I. HA, Rep. 77, tit. 945, Nr. 1, Bd. 1, Bl. 136. Vgl. Protokoll Staatsministerialsitzung vom 17.4.1882, GStA I. HA, Rep. 90a, IIIb, Nr. 6, Bd. 94, Bl. 139f.

wig Hahn beauftragt, der in Hermann Klee einen geeigneten Redakteur fand. Klee hatte nach dem Studium in Halle 1872 die publizistische Laufbahn eingeschlagen und war nach mehreren Stationen 1874 bei der freikonservativen und offiziellen „Post“ tätig. Seit 1880 schrieb Klee nebenher für die PC.⁹

1.3 Die Entwicklung der Korrespondenzen

Die PC scheint recht schnell aus der Verantwortlichkeit des Literarischen Büros herausgelöst worden zu sein. Der eigentliche Redakteur war der vortragende Rat im Innenministerium, Ludwig Hahn. Anlässlich der Reorganisation des Literarischen Büros 1882 fasste der vortragende Rat Joseph von Bitter in seinem Promemoria an Innenminister Puttkamer das Verhältnis von Literarischem Büro und PC wie folgt zusammen:

„Ursprünglich dazu bestimmt, [dass] die Lokalpresse, namentlich die Kreisblätter mit politischem Stoff aller Art versorgt und hierdurch für die Vertretung der Regierungsinteressen eine möglichst breite Basis geschaffen wurde, hat sich die Provinzial-Correspondenz sehr bald zu einem selbständigen Organ der Regierung entwickelt [...]. Die einzigen Beziehungen, welche dieselbe bisher zum literarischen Bureau hatte, bestanden darin, daß ein Mitarbeiter des letzteren die Hofnachrichten verfaßte, und als verantwortlicher Herausgeber zeichnete. Auch wurde die Expedition in dem literarischen Bureau besorgt. Sonstige Verbindungen waren, abgesehen von kurzen Zwischenräumen, in denen die Reaktion vertretungsweise von dem literarischen Bureau geführt wurde, nicht vorhanden.“¹⁰

Vordergründig verfolgte Berlin mit der PC die Strategie der „weißen Propaganda“. Jedem Preußen – und jedem Ausländer – war die Herkunft der Artikel bekannt.¹¹ Zwar galt die PC als offiziell, aber anders als für katholische, linksliberale, sozialistische oder partikularistische Parteigänger wertete das die PC für die konservativen oder nationalliberalen Anhänger Bismarcks eher auf als ab: Immerhin bekamen sie so – als Beilage zu ihrem Kreisblatt – die Meinung der Regierung geliefert. Der Verleger des „Wittenberger Kreisblatt“ war nach Aktenlage der erste, der – schon am 31. Mai 1863 und somit vor dem regulären Start – die Beilage der PC beantragte.¹² Schon ab dem Sommer 1863 erreichten Rückmeldungen die Oberhofbuchdruckerei, dass die gelieferte Anzahl der PC

⁹ Denkschrift Klee vom 20.8.1883, in: GStA I. HA, Rep. 77, tit. 945, Nr. 1, Bd. 3, Bl. 222-256. Vgl. Klee an PrMI Herfurth, Schreiben vom 14.12.1888, in: GStA I. HA, Rep. 77, tit. 945, Nr. 1, Bd. 4, Bl. 18-28.

¹⁰ Bitter an PrMI, Memoria vom 26.5.1882, Tb P.I. 101, in: GStA I. HA, Rep. 77, tit. 946, Nr. 1, Bd. 1, Bl. 2-28R, hier 4-4R und 13R-14R.

¹¹ Loeber 1935, 23-31.

¹² B.H. Rübener an Oberhofdruckerei, Schreiben vom 31.5.1863, in: GStA I. HA, 2.3.35 (Lit Büro), Nr. 167, Bl. 20.

aufgestockt werden müsse.¹³ Da die Auflage der Kreisblätter langsam aber kontinuierlich stieg, musste immer wieder eine Aufstockung des Abonnements beantragt werden. Zu der Steigerung mochte die Dreingabe der Korrespondenz wesentlich beigetragen haben, das Wachstum von PC und Kreisblättern bedingte sich also wechselseitig. Daneben wurde die PC Honoratioren, Pfarrern, Amtspersonen und Militäreinheiten zur Verteilung zugestellt. Entsprechend stieg die Gesamtauflage. Ende 1864 betrug sie schon knapp 29.000. Einen erneuten Schub für die Verbreitung der PC bedeutete der Krieg von 1866, nach dessen Ende etliche Anfragen aus den annektierten Gebieten und aus Süddeutschland, unter anderem aus Karlsruhe, Mannheim, Frankfurt/Main, Hannover usw. an die PC gerichtet wurden. Nach dem deutsch-französischen Krieg wuchs sie bis 1874 auf 49.000. Im nächsten Jahrzehnt bis zu ihrer Einstellung verdreifachte sie sich noch einmal. Die Auflage der PC stieg von 110.250 1877/78 auf ein Maximum von 153.942 1882.

Das Auflagenwachstum produzierte – wie vorhersehbar – Kosten. Die explodierenden Kosten zwangen das Innenministerium zu sparen. Daher strich es 1882 die portofreie Belieferung. Nur noch von insgesamt 17.375 Exemplaren übernahm das Literarische Büro die Portokosten. Darauf brach die Auflage zum Januar 1883 auf 122.800 Exemplare ein, erholte sich aber bis Mai des folgenden Jahres schon wieder auf 127.500 Exemplare und ging erst vor ihrer Einstellung 1884 auf 124.000 zurück. Laut ursprünglichem Plan hatte sich die Korrespondenz zumindest in Teilen selbst tragen sollen. Obwohl sich die Honoratioren, die um Unterstützung gebeten wurden, in etlichen Kreisen verweigerten, fanden Berlin und die regionalen Behörden für die meisten Bezirke dennoch einen Weg, die Korrespondenz den Kreisblättern unentgeltlich zuzustellen.

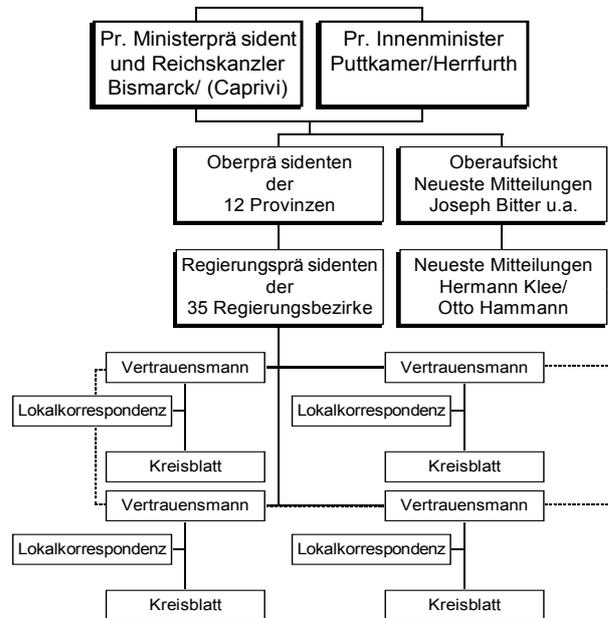
Anders funktionierte und entwickelte sich die NM: War der Nachteil der PC die öffentliche Offiziosität ihrer „weißen Propaganda“ gewesen, so sollte die neue Korrespondenz anders ansetzen. Dazu musste zunächst einmal strikte Geheimhaltung gewahrt werden und darum schufen Staats- und Innenministerium eine ineinander verschachtelte Konstruktion, die für Außenstehende verschleiert wurde.

Die „neue Presseorganisation“ beruhte, wie im Organigramm zu sehen, auf einer zentralen Komponente (NM und deren Oberaufsicht) und einer dezentralen in Gestalt der Vertrauensmänner. Im „Privatunternehmen“ NM trat das Innenministerium nach außen nirgends in Erscheinung. Doch auch als „private“ Korrespondenz lagen die NM selbstredend zu jeder Zeit an dessen kurzer Leine. Bis zu ihrer Einstellung waren insgesamt fünf Ministerialbeamte zuständig. Motive für Wechsel, die jenseits der gewöhnlichen lägen, sind in den Quellen nicht erkennbar. Einer könnte allerdings mit dem Wechsel der Person des In-

¹³ Landrat Neustettin an PC, Schreiben vom 11.8.1863, in: GStA I. HA, 2.3.35 (Lit Büro), Nr. 167, Bl. 79.

nenministers zusammenhängen. Puttkamer war im Mai 1888 von Friedrich III. entlassen worden; Bismarck hatte ihn wegen aufgetretener Differenzen nicht mehr gestützt.

Abb. 1: Neue Presseorganisation 1882



Wenig Grund zur Zufriedenheit bot die Unterstützung der anderen Ressorts. Um gute, d.h. für die Presse interessante Informationen zu erlangen, waren die Ministerien aufgefordert worden, den NM „mit der Priorität vor anderen Zeitungen“ Informationen zukommen zu lassen. Die anderen Minister dazu zu bewegen, aus ihren Ressorts jeweils eine Person zur Vermittlung von Informationen an die NM abzustellen, war aber schon in der Staatsministerialsitzung vom 17.4.1882 auf Ausweichen oder sogar offenen Widerspruch gestoßen. Positive Antworten gaben nur das Finanz- und das Handels- und Verkehrsministerium. Handelsminister war damals Bismarck. 1892 stellten nur das Kultus- und das Finanzministerium regelmäßig Nachrichten zur Verfügung. Um jedweden Schaden auszuschließen, war eine detaillierte Absprache der zu veröffentlichenden Texte vorgesehen.

Zwei Runderlasse vom Januar und April 1882 zeichneten detailliert das Organisationsschema. Im Januar wies der Innenminister seine Oberpräsidenten an, Kontakte zu Zeitungen knüpfen zu lassen, in denen die neue Korrespondenz lanciert werden sollte. Ein Vertrauensmann sollte sie den fraglichen Blättern vermitteln; daneben oblagen ihm „Vermittlung, Kritik und Sichtung der Lokal-

correspondenz in fachlicher und persönlicher Hinsicht“. Finanzielle Zuwendungen an die Zeitungen seien mit der Organisation nicht verbunden, da jene Vorteile genug hätten. Auslagen der Mittelsmänner in jeglicher Form würden jedoch erstattet. Den Oberpräsidenten wurde strengste Vertraulichkeit eingeschärft, in den Geschäftsgang dürfe nichts gegeben werden, mit den Regierungspräsidenten müsse mündlich gesprochen werden, keine Abschriften außer an die beteiligten Regierungspräsidenten.¹⁴

Ergänzend zum Januarerlass führte der Runderlass vom 17./18. April detailliert aus, wie der Lokalpresse materiell zu helfen, und vor allem, wie der Regierungseinfluss dabei zu gewährleisten sei. Zentraler Hebel sollte die Vergabe von Inseraten sein. Oppositionellen Blättern dürften solche Einnahmen aus amtlichen Geldern nicht mehr zur Verfügung stehen. Neben den amtlichen Insertionsvergaben sollten die Regierungspräsidenten die Vertrauensmänner anhalten, auf die konservativen Parteigänger im Lande Einfluss zu nehmen, dass diese die Blätter möglichst materiell unterstützten. Zu der lokalen Korrespondenzorganisation führte der Erlass nur den nicht unwichtigen Hinweis aus, dass von einem Verwendungsnachweis über die Verwendung „selbstredend abgesehen“ werden könne. Im Schreiben vom 5. April hatte Puttkamer bei Bismarck angefragt, ob er über die „Modalitäten der Verwendung [der Gelder] den Nachweis“ wünsche; Bismarck hatte darauf verzichtet. Damit die Zeitungen auch aus der jeweiligen Region mit möglichst interessanten Nachrichten versorgt würden, sollten die Ober- und Regierungspräsidenten in die Pflicht genommen werden, die Blätter mit Verwaltungsnachrichten zu versorgen.¹⁵

Ein weiterer Erlass vom Mai 1882 zeigt, aus welchen Kreisen die Mitarbeiter für die lokalen Korrespondenzen rekrutiert werden sollten. Vorgesehen war, „königstreue Männer des gebildeten Privatstandes sowie die Mitglieder der Bezirksverwaltungen und Justizbehörden, den Landräthen, Geistlichen, Lehrern aus mittleren Unterrichtsanstalten, ferner die Spezialverwaltungen (Steuer, Eisenbahn, Forstverwaltung)“ zu rekrutieren, unter denen eine genügende Zahl zu finden sein müsste, um „neben der allgemeinen Beschäftigung und dem Geschick für eine in mäßigen Grenzen haltende journalistische Thätigkeit“ auszuüben, die „auch das ausreichende Interesse und de[n] gute[n] Wille[n]“ besäßen. In den katholischen Bezirken sei es ganz besonders wichtig, bei allen Verhandlungen äußerste Diskretion zu wahren.¹⁶ Die Weitergabe der Korrespondenz an andere Zeitungen, die dem System nicht offiziell angeschlossen

¹⁴ PrMI an OPräs, Runderlass vom 18.1.1882, in: GStA I. HA, Rep. 77, tit. 945, Nr. 1, Bd. 1, Bl. 10-13.

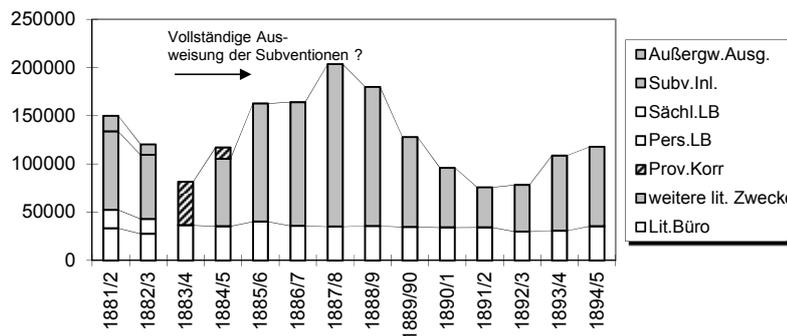
¹⁵ PrMI an OPräs, Runderlass vom 18.4.1882 [Abschrift, als eigentliches Datum, auf das immer Bezug genommen wird, muss der 17.4.1882 gelten], in: GStA I. HA, Rep. 77, tit. 945, Nr. 1, Bd. 1, Bl. 143a-143c. Vgl. PrMI an Reichskanzler, Schreiben vom 5.4.1882, in: GStA I. HA, Rep. 77, tit. 945, Nr. 1, Bd. 1, Bl. 136.

¹⁶ PrMI an RegPräs Westfalens und des Rheinlands, Runderlass vom 15.5.1882, Tb P.I. 42, in: GStA I. HA, Rep. 77, tit. 945, Nr. 1, Bd. 1, Bl. 157-165.

waren, war nicht erwünscht, selbst wenn sie konservativ und wichtig waren, wie die „Kreuzzeitung“. So wurden die NM in verschlossenen Umschlägen – oder mindestens durch Kreuzbandsendung verdeckt – der Vertrauensperson zugesandt. Die Vertrauensperson sollte dem Verleger des fraglichen Kreisblattes dabei helfen, ein gut funktionierendes Netz örtlicher Korrespondenten aufzubauen. In Berlin hatte man richtig erkannt, dass eine gute Lokalberichterstattung für die Verbreitung in der Region von ausschlaggebender Bedeutung war. Für die dezentralen Maßnahmen, die die Kreisblätter verbessern sollten, veranschlagte Puttkamer 200.000 M/Jahr.¹⁷

Die Kosten der Organisation dürften insgesamt im ersten Jahr mit 250.000 Mark zu beziffern gewesen sein. Die folgenden zwei Grafiken, die einen Teil der Ausgaben und Einnahmen für die Presseorganisation veranschaulichen, enthalten zwei Ungereimtheiten: Warum sind sowohl die Ausgaben für „weitere literarische Zwecke“ als auch die Einnahmen aus dem Welfenfonds in der kostenintensiven Anlaufphase nicht nachgewiesen? Obwohl die Grafiken Gegenteiliges ausweisen, lag vermutlich der Höhepunkt der Subventionierung Anfang bis Mitte der 1880er Jahre und wurde dann sukzessive reduziert, denn in den Ausweisungen des innerministeriellen Pressefonds fehlen wichtige Summen. Unruhige Provinzen erhielten z.B. erheblich höhere Beiträge als loyale, Hannover beispielsweise ungefähr das Zehnfache des Betrags für Brandenburg (1885 23.000 M gegenüber 2.350 M).

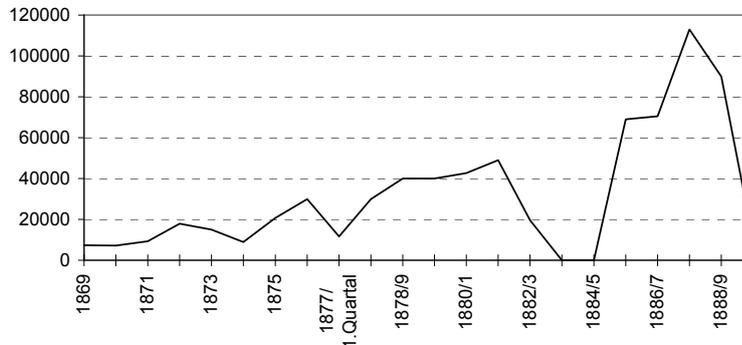
Abb. 2: Ausgaben des Pressefonds im preußischen Innenministerium¹⁸



¹⁷ PrMI an Reichskanzler, Schreiben vom 5.4.1882, in: GStA I. HA, Rep. 77, tit. 945, Nr. 1, Bd. 1, Bl. 136.

¹⁸ Die Aufstellungen in den: Rechnungen über den Fonds für Presseangelegenheiten, in: GStA I. HA, Rep. 77, tit. 946, Nr. 5, Bde. 2-5.

Abb. 3: Überweisungen aus dem Welfenfonds in den Pressefonds des Innenministeriums (auch vor 1875 in Mark)



Doch die Abrechnungen des Pressefonds können zumindest bis 1886/87 nicht vollständig sein. Die Abrechnungen für 1881/82 bis 1883/84 enthielten nicht den geringsten Betrag für das neue Unternehmen, weder für die NM noch für Subventionen im Rahmen der Kreisblattorganisation. Und die Subventionen für die inländische Presse für 1882/83 lagen unter derjenigen für 1881/82. Erst 1884/85 waren unter dem Posten „für weitere literarische Zwecke“ Ausgaben ausgewiesen, die ausnahmslos mit der neuen Presseorganisation zu tun haben. Bis dahin wurde die Organisation aus Geldquellen des Ministerpräsidenten finanziert. Die fraglichen Akten dieses Bestandes wurden jedoch im Zweiten Weltkrieg vernichtet; die erhaltenen sind unergiebig. Bei Bismarcks Sorge um die Geheimhaltung ist aber anzunehmen, dass die Akten nie genau geführt wurden.¹⁹ Das Ende der flächendeckenden Kreisblatt-Subventionierung, oder besser die Umorientierung auf die alleinige Bekämpfung reichsfeindlicher Agitation, kam also nach Bismarcks Rücktritt und nachdem der Welfenfonds Gegenstand einer öffentlichen Debatte geworden war, die ein Artikel des „Berliner Tageblatts“ vom 13.7.1889 losgetreten hatte.²⁰ Indirekte Subventionen (Behördenabonnements, Finanzierung von Agenturmaterial etc.) kamen den Blättern noch bis in den Ersten Weltkrieg zu. Auch wurde mit der Einstellung direkter Barsubventionen noch nicht die geheime Presseorganisation aufgegeben.

¹⁹ 1881 erging Anweisung, die Verteilungsvorschläge der Welfenfondsgelder nicht zu vervielfältigen, 1889 deren Verwendungsnachweis selbst in das „sekrete Journal“ des Staatsministeriums nicht einzutragen. Brosius, Dieter. 1964. Welfenfonds und Presse im Dienste der preußischen Politik in Hannover nach 1866. *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 36: 172–209, insb. 181f. Vgl. GStA I. HA, Rep. 90a, Nr. 74, Bl. 187 und 241.

²⁰ Zum Ende des Welfenfonds vgl. Philippi, Hans. 1959. Zur Geschichte des Welfenfonds. *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 31: 190–254, insb. 218f.

1.4 Das Ende der Korrespondenzen

Das Ende der PC kam, als sich der Anfang wiederholte. Mit den Reichstagswahlen von 1881 hatte Bismarcks öffentliches Ansehen in Deutschland einen Tiefpunkt erreicht. Die PC schien verbraucht. Die PC hatte mehrere Schwächen, die zum Teil im Misserfolg, zum Teil jedoch sogar in ihrem ausgesprochenem Erfolg zu suchen waren. Erster und vielleicht wichtigster Grund war die offene Organisationsform. Die oppositionelle Presse bezog sich mit Vorliebe auf die Beiträge der PC, um die Regierung anzugreifen. Puttkamer beklagte, die Regierung sei gezwungen, in der PC auch in schwebenden Angelegenheiten Stellung zu nehmen, und plädierte daher für Einstellung. Bismarck war damit einverstanden.²¹ Der zweite Grund lag in der Dynamik der Presselandschaft im Allgemeinen und dem publizistischen Erfolg der Kreisblätter im Besonderen. Noch in den 1850er Jahren waren die meisten Kreisblätter einmal die Woche erscheinende, den Namen politische Zeitungen kaum verdienende Blätter. Ihre durchschnittliche Auflage dürfte weit unter 500 betragen haben. Sie verdreifachte sich bis Ende der 1870er Jahre. Zu dem Aufnahmenwachstum hat der politische Inhalt der PC nicht unwesentlich beigetragen. Damit aber wurde die Finanzierung der PC immer teurer. Drittens bemängelten zumindest einzelne Stimmen, dass die PC gegenüber den Anfängen erheblich an Frische verloren habe. Grund sei die restriktive Informationspolitik der Berliner Ministerien. Außerdem wurde in Berlin das Amtsblattwesen und die Vergabe amtlicher Inserate und Druckaufträge als dringend reformbedürftig angesehen.²² Die „weiße Propaganda“ der PC wurde – trotz inzwischen gegründeter NM – noch bis 1884 fortgesetzt.

Die Schwächen der NM waren organisationsbedingt andere. Obwohl sie selbst im Dunkeln blieb, waren die Kreisblätter verdächtig genug, sodass die oppositionelle Presse bei begründeten oder auch weniger stichhaltigen Verdachtsmomenten auf eine zentrale „Fabrikation“ im Innenministerium schloss. Als besonders investigativ zeigte sich die „Freisinnige Zeitung“, die immer wieder Artikel aufdeckte. Die Regierung konnte sich aus der Falle nicht befreien, denn selbst ein Offenlegen der Kontakte hätte niemanden daran gehindert zu vermuten, dass anderes weiter im Dunkeln bleibe. Hinzu kam ein Zweites: Die Regierung steckte in dem Dilemma, entweder inhaltlich zu steuern, und damit auch indirekte Hinweise auf ihre Pressearbeit zu geben, oder darauf zu verzichten, ohne das Misstrauen beseitigen zu können. Gerade ihr Wunsch, wichtige Artikel in jedem Blatt zu sehen, musste die Opposition misstrauisch machen und sie auf die offiziellen Ursprünge hinweisen. Letztlich war es An-

²¹ PrMI an PrMP, Schreiben vom 13.6.1884, in: GStA I. HA, Rep. 77, tit. 946, Nr. 24, Bl.6-10. PrMI, Aktennotiz vom 25.6.1884, in: ebd., Bl. 11.

²² Denkschrift Klee vom September 1888, in: GStA I. HA, Rep. 77, tit. 945, Nr. 1, Bd.4, Bl. 189-209.

sichtssache, wie hoch der Wert eingeschätzt wurde, dass die Opposition zwar gezielte Vermutungen, aber auch nicht mehr, äußern konnte. Die Regierung tat das einzig Richtige, sie dementierte nicht. Die geheime „neue Presseorganisation“ Bismarcks bot also gleichermaßen Vor- und Nachteile. Entweder mochte man es als nachteilig empfinden, dass immer wieder von „Pressreptilien“ gemunkelt wurde, oder man argumentierte, Verdächtigungen seien nie zu verhindern. Caprivi plädierte dafür, die amtliche Pressepolitik offenzulegen.²³ Gleichwohl überlebten die NM Bismarcks Rücktritt noch um vier Jahre und den Caprivis noch um einige Monate. Erst als Hammann ging, war auch das Ende der Korrespondenz in der bisherigen Form gekommen.²⁴ Als „Berliner Correspondenz“ war sie in der Folgezeit für jede Zeitung zugänglich. Das Experiment totaler Geheimhaltung wurde nicht wiederholt; für den relativen Erfolg spricht aber, dass die Organisation auch später nicht aufgedeckt wurde.

2. Beschreibung des Projekts

Das Projekt wird im Internet auf dem Zeitungsportal der Staatsbibliothek Berlin unter <<http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/amtspresse/präsentiert>>. Es besteht aus einem nichtwissenschaftlichen Teil und dem wissenschaftlichen Projekt im eigentlichen Sinn. Der nichtwissenschaftliche, aber essenzielle Teil des Projekts besteht aus der Digitalisierung der Korrespondenzen (als Bilddateien und im Volltext) sowie dem Internetauftritt. Das wissenschaftliche Projekt im engeren Sinn erschließt die äußerst umfangreiche Textmenge der beiden Korrespondenzen durch diverse Kommentare und einen systematischen Index. Kommentare und Index wiederum sind in die Internetpräsentation als Recherchertools eingebunden.

Die nichtwissenschaftlichen Teile des Projekts erfüllen folgende Kriterien: Bei der Digitalisierung der Images wurde ein angemessenes Verhältnis zwischen Auflösung und Dateigröße berücksichtigt. Die Volltexte mussten originalgetreu und fehlerfrei erfasst sein. Die Internetpräsentation sollte aufgeräumt, informativ und in der Bedienung einfach und intuitiv sein.

Für das wissenschaftliche Projekt stellte sich von Beginn an die pragmatische Frage nach dem Verhältnis von Aufwand und Ertrag. Das gilt in Zeiten knapper öffentlicher Mittel für arbeitsintensive Quelleneditionen in einem besonderen Maße. Die wissenschaftlich-editorische Bearbeitung und Präsen-

²³ Promemoria Philipsborn vom 3.10.1892, in: GStA I. HA, Rep. 77, tit. 945, Nr. 1, Bd 1, Beiakten, Bl. 23-31. RK an PrMI, Schreiben vom 6.9.1890, in: Ebd., Bl. 56f.

²⁴ Die Umgestaltung der NM wurde in der Staatsministerialsitzung vom 30.11.1894 beschlossen. Bis zum 7.12.1894 führte sie noch Karl Homann weiter. StMI, Protokoll vom 16.10.1891, in: GStA I. HA, Rep. 77, tit. 945, Nr. 1, Bd 1, Beiakten, Bl. 42-47. Vgl. PrMI an PrStMI, Schreiben vom 24.11.1894, in: Ebd., Bl. 49f.

tion der beiden Korrespondenzen musste sich dabei an der historischen Bedeutung, dem Aussagegrad und dem Schwierigkeitsgrad der Texte sowie den Ansprüchen bzw. Interessen der Benutzer orientieren. Da der Aussagegrad der Korrespondenzen hoch, der Schwierigkeitsgrad der Quellen und die Interessen der Nutzer unterschiedlich anzunehmen war, haben wir uns für eine Kombination aus Kommentaren und Index entschieden, die den Themenreichtum der Korrespondenzen möglichst systematisch zugänglich macht.

2.1 Digitalisierung und Internetaufbereitung

Abb. 3: Abbildungsbeispiel PC

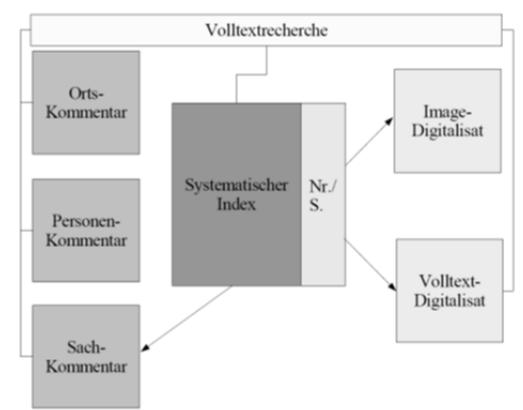


Zunächst zur technischen Aufbereitung; die beiden Korrespondenzen wurden doppelt digitalisiert: Zum einen wurden Imagedateien der Korrespondenzen und eines exemplarischen Kreisblatts erstellt. Die Imagedateien (PDF-Dateien) veranschaulichen die Korrespondenzen. Zudem werden die ca. 13.300 Seiten der Korrespondenzen im Volltext erfasst.

Die Volltexterfassung erfolgte im sogenannten Double-Keying-Verfahren, d.h., zwei unabhängig voneinander arbeitende Schreibkräfte schrieben die jeweilige Textseite ab und speicherten die Abschriften in zwei Dateien, die sodann elektronisch miteinander verglichen wurden, um Diskrepanzen anhand der Vorlage überprüfen und Fehler beseitigen zu können. Die Erkennungsgenauigkeit lag bei über 99,9%. Entdeckte Fehler entpuppten sich bei Überprüfung fast durchgängig als Fehler im Original bzw. falsche Interpunktionszeichen (z.B. ein Semikolon statt eines Kommas), bei denen die Texterfasser fleckiges Zeitungspapier fehlinterpretierten. Diese Fehler wurden von den Projektmitarbeitern nachträglich korrigiert. Der Auftragnehmer versah die Volltexte mit einer Parametrierung, die zur Seitenbeschreibungssprache XML kompatibel ist; damit wurde gewährleistet, dass der Volltext in seiner Internetpräsentation eine möglichst hohe Layoutähnlichkeit mit dem Original aufweist.

Die 13.000 Seiten wären ohne systematische Erschließung zu einem unzugänglichen Datengebirge angewachsen. Zentrales Instrument ist ein dreigliedriger systematischer Index. Mit Nummer- und Seitenangaben wird vom Index auf die Image- und Textdateien verwiesen. Anhand der Eintragsüberschriften des Sachkommentars werden Indexeinträge definiert, die zusätzlich als Sprungstellen zum Sachkommentar dienen. Für Personen- und Ortskommentar sowie für die weitere Suche im Index und in den Volltexterfassungen steht zudem eine Volltextsuche zur Verfügung. Grafisch lässt sich das Verfahren wie folgt veranschaulichen:

Abb. 4: Internetpräsentation von Kommentar und Korrespondenzen



2.2 Kommentierung und systematischer Index

Zur wissenschaftlichen Aufbereitung: Unter den oben genannten Gesichtspunkten kam folgenden Aufgaben vorrangige Bedeutung für die Bearbeitung zu:

- die ausgewählten und der editorischen Bearbeitung zugrunde liegenden Texte waren authentisch und ungekürzt zu transkribieren und mit den erarbeiteten Hilfsmitteln und Anlagen in einer kompakten und übersichtlichen Form zu präsentieren;
- die Benutzbarkeit der edierten Texte war möglichst zu erleichtern;
- die Inhalte waren durch Register bzw. Regesten zu erschließen und diese in einer übersichtlichen Form und Gliederung zu präsentieren;
- die Hintergründe der Texte waren zu erläutern und in einen größeren historischen Zusammenhang einzuordnen;
- die in den Texten zitierten historischen Dokumente waren zu verifizieren und entsprechende Belegstellen anzugeben.

Zwar ist das Interesse an der Presse im Rahmen der modernen Kulturgeschichte, durch die Bedeutung von Öffentlichkeit und Kommunikation als geschichtswissenschaftliche Paradigmen in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten beträchtlich gestiegen, doch konzentriert sich die Aufmerksamkeit vorrangig auf das Medium im historisch-politisch-publizistischen Umfeld und auf ihre sozial- und kulturgeschichtlichen Zusammenhänge, wenngleich auf systematisch-inhaltliche Analysen erfreulicherweise nicht mehr verzichtet wird.²⁵ Deutlich vernachlässigt hingegen wird die inhaltliche Auswertung und Verwendung von Presseorganen als historische Quellen bzw. Belege für die Ausstattung geschichtswissenschaftlicher Forschungsarbeiten im Allgemeinen und für die Kommentierung von Quelleneditionen im Besonderen, auch wenn der Quellenwert der Presse im Hinblick auf Informationsgehalt und Materialdichte, auf Rekonstruktion von Ereignissen und öffentliche Stimmungen sowie zeitliche Nähe zum historischen Sachverhalt bzw. Ereignis mittlerweile ausdrücklich hervorgehoben wird.²⁶

Die genannten Vorzüge gehören zweifellos auch zu den besonderen Merkmalen der hier vorzustellenden Korrespondenzen, die im Folgenden – dem Bearbeitungsstand entsprechend mit engerem Bezug zur „Provinzial-Correspondenz“ – näher beleuchtet werden sollen. Beide Korrespondenzen waren zwar als offiziöse Organe der preußischen Staatsregierung mit entsprechender Quellenkritik und Sorgfalt zu behandeln, dafür bieten sie sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht wie keine andere Quelle einen reichhaltigen Fundus für die Beurteilung der öffentlichen Selbstdarstellung und Propaganda der preußischen Monarchie und Staatsregierung, ihrer Stellung in

²⁵ Vgl. beispielsweise Frölich 1990; Tolkemitt 1995; Blumenauer 2000; Bussiek 2002.

²⁶ Vgl. exemplarisch die geschichtswissenschaftlichen Einführungen von Rusinek, Ackermann, und Engelbrecht 1992; Opgenoorth 2001.

den öffentlichen Diskussionen und gegenüber den im Entstehungsprozess befindlichen politischen Entscheidungen. Dies gilt für alle entscheidenden Phasen der Bismarck-Ära, angefangen von der Stellung der Regierung im preußischen Verfassungskonflikt, für die detaillierte Berichterstattung über den militärisch-politischen Verlauf der Einigungskriege, die innenpolitischen Konflikte des Kaiserreichs im sogenannten Kulturkampf, die Sozialistengesetzgebung und nicht zuletzt für sämtliche große Reformvorhaben der Zeit, die Justizreform und die Steuerreform des Deutschen Reiches, die äußerst umstrittene Sozialgesetzgebung, die jahrelangen Bemühungen um die Verwaltungsreform auf der Provinzial- und Kreisebene in Preußen, die administrative Eingliederung der neuen Provinzen, die Geschichte aller Parteien bis hin zu außenpolitischen Fragen und der Beurteilung außenpolitischer Entwicklungen bzw. der Situation anderer Länder aus der Sicht der Regierung. Die Auseinandersetzungen der Korrespondenzen mit den parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten der politischen Gegner vor allem aus den Reihen der Fortschrittspartei und des Zentrums vermitteln in der ganzen Breite der Argumentation Begründungen und Inhalte politischer Entscheidungen. Sie erläutern ausführlich die in der parlamentarischen Beratung befindlichen Gesetzesvorlagen und liefern somit Auskunft über Strategien, Intentionen und Motive der Regierung in der Auseinandersetzung mit der Opposition und ihrer Presse und bieten zugleich tiefe Einblicke in die politische Streitkultur des späten 19. Jahrhunderts. Zu diesem Zweck wurden Parlamentsreden von Staatsministern, von Vertretern der Reichsregierung sowie Abgeordneten führender Parteien in ihren wesentlichen Ausführungen publiziert. Dokumentarischen Wert erhalten die Korrespondenzen auch durch den Abdruck von Gesetzestexten, Denkschriften zu Gesetzesvorlagen, statistischen Berichten der Staatsministerien und Reichsbehörden sowie durch die Wiedergabe von Artikeln anderer Presseorgane bzw. Zeitschriften des In- und Auslandes. Darüber hinaus stellen die Korrespondenzen eine hochinformativ Quelle für regionale bzw. lokale Ereignisse dar. Weitere Beispiele über den engeren politikgeschichtlichen Rahmen hinaus ließen sich beliebig ergänzen, doch sollen die wenigen Nachweise an dieser Stelle genügen.

Aus verschiedenen Gründen wird der reichhaltige Fundus der Presse nicht oder kaum abgerufen: Die Verwendung von Medien als historische Quellen in der geschichtswissenschaftlichen Forschung ist seit jeher umstritten und stößt auf vielfältige Vorbehalte. Zeitungen galten und gelten wegen ihrer tendenziösen bzw. offiziellen Berichterstattung und ihrer Parteilichkeit im tagesaktuellen politischen Geschäft für die geschichtswissenschaftliche Forschung als wenig brauchbar; ebenso wurde die journalistische Arbeit von Historikern eher als zu geringwertig erachtet, um sie in die historische Forschung einfließen zu las-

sen.²⁷ Der Wert der Presse ging scheinbar mit dem Ablauf des Tages und der folgenden Ausgabe verloren. Bemerkenswert ist dabei, dass Zeitungen in ihrer spezifischen Quellenproblematik offensichtlich mit einem anderen kritischen Maß gemessen wurden als andere historische Texte. Denn Quellen ohne Tendenz gibt es – sieht man von Droysens Kategorie des Überrests ab – kaum.²⁸ Ein weiterer Grund für die Vorbehalte gegen die Nutzung liegt nicht zuletzt auch in der unbefriedigenden Bestandserhaltung von Presseerzeugnissen. Die gesammelten Bestände von Zeitungen sind trotz der umfangreichen Sicherungsverfilmungen des Mikrofilmarchivs der deutschen Presse²⁹ in der Regel nicht leicht zugänglich, sodass zwar die obligatorische Forschungsreise in ein entferntes Archiv als unverzichtbar gilt, von der mühevollen Bearbeitung eines nahezu unüberschaubaren Zeitungskonvolutes und erschwert durch mühevollen Lektüre an Mikrofilmlesegeräten allerdings häufig genug Abstand genommen wird. Presseerzeugnisse, die täglich oder sogar mehrmals täglich und über einen langen Zeitraum erschienen sind, erfordern große Anstrengungen und reichlich vorhandene Detailkenntnisse, um sich durch die Stoffmenge zu arbeiten.

An diesen Argumenten gegen die Nutzung der Presse als historische Quelle hat die Edition eines Zeitungsbestandes anzuknüpfen, sie hat die Vorbehalte zu mindern oder ganz zu beseitigen, zumindest aber die Nachteile zu kompensieren. Sie hat Instrumentarien bereitzustellen, die die inhaltlichen Zugänge und die Benutzbarkeit großer Textmengen erleichtern und die Verwendung der Materialien in ihrer Solidität absichern und thematisch einordnen können. Anhand dieser Gesichtspunkte sind die Ansprüche an eine Indizierung der Inhalte sowie Kommentierung der Artikel zu formulieren.

Besonders die enormen Textmengen der Korrespondenzen im Umfang von rund 13.000 gedruckten Zeitungsseiten bei einem Zeitraum von 32 Jahren würden potenzielle Benutzer vor nahezu unüberwindbare Schwierigkeiten stellen. Bereits durch die digitalisierten Bestände im Volltext aber werden durch einfache Suchmechanismen nützliche und vor allem schnelle Recherchen ermöglicht und erste begriffsorientierte Anfragen erfolgreich erledigt. Es versteht sich allerdings von selbst, dass diese Instrumentarien nur bedingt tauglich sind, um die spezifischen Informationsinteressen des wissenschaftlichen Benutzers im Ganzen zu erfüllen. Weitergehende Ansprüche sollen daher durch umfangreiche Sachindizes gewährleistet werden, deren Erstellung einen festen Bestandteil des wissenschaftlichen Editionsprojekts bildet. Der ausführliche und differenziert gegliederte Sachindex ermöglicht die vollständige inhaltliche Erschließung der Korrespondenzen, er ordnet die Leitartikel und umfangreicheren Artikel auf mehreren Ordnungsebenen in strukturierte Kategorien und

²⁷ Im Sinne dieser Argumentation vgl. Steinbach 1999, insbes. 34–36.

²⁸ Droysen und Leyh 1977; Lersch und Stöber 2005.

²⁹ Bohrmann und Toepser-Ziegert 2003.

dokumentiert ihre Kerninhalte in Form von Kurzregesten, womit eine benutzerfreundliche Anwendung gewährleistet werden kann.³⁰ Die oberen Kategorien des Sachindex bestehen aus eindeutig definierten und bewährten Begriffen und Unterbegriffen des politisch-historischen Sprachgebrauchs sowie geografischen Einheiten – von A wie Abgeordnetenhaus bis Z wie Zensur. Die Regesten auf der unteren Ebene des Systems beschreiben im Umfang von zumeist zwei Teilsätzen den inhaltlichen Kern des jeweiligen Artikels und sind mit der entsprechenden Seite im Volltext verlinkt, wodurch der Benutzer einen bequemen und vor allem schnellen Zugang zum gewünschten Textmaterial erhält. Wegen der in der Regel mehrfachen Zuordnungsmöglichkeiten zu übergeordneten Kategorien wurden die Regesten notwendigerweise i.d.R. geografisch und sachthematisch beschrieben, um dem unterschiedlich gelagerten Interesse der Benutzer entgegenzukommen.

Neben dem Sachindex als Werkzeug für die inhaltliche Erschließung wurde ein kommentiertes Orts- und Personenverzeichnis erstellt. Das Ortsverzeichnis enthält dabei nicht nur alle Ortsnamen, sondern auch sämtliche erwähnten Länder-, Territorial-, Provinzial-, Bezirks- und Kreisangaben. Diese sind mit den entsprechenden geografischen bzw. territorialen Angaben versehen, die auch die Veränderungen in der Zeit von 1863 bis 1894 berücksichtigen.³¹ Sämtliche Personennamen, vorrangig aus den Kreisen der politischen, administrativen, militärischen und kulturellen Eliten und des Adels in Preußen, des Kaiserreiches und des Auslandes, wurden mit vollständigem Namen, Lebensdaten und Angaben zur beruflichen Laufbahn erfasst und kommentiert. Die so entstandene Datenbank dürfte den wohl größten geschlossenen Bestand an Kurzbiografien für das späte 19. Jahrhundert in Deutschland aufweisen.

Während der Sachindex den inhaltlichen Zugang zu den Korrespondenzen erheblich erleichtert und die kommentierten Personen- und Ortsindizes eine wichtige wissenschaftlich erarbeitete Materialbasis bieten, war es Aufgabe der eigentlichen Sachkommentierung, Benutzung und Auswertung dieser schwierig zu handhabenden Quelle durch begleitende Erläuterungen zu erleichtern und dem Benutzer eine über die spezifische Thematik hinausgehende historische Einordnung anzubieten. Die beiden Korrespondenzen bedurften als Instrumente der Pressepolitik bzw. propagandistischen Selbstdarstellung des preußischen Staatsministeriums entsprechender quellenkritischer Sorgfalt.

Die digitalisierten Druckseiten und die wissenschaftlich erarbeiteten Apparate stellen für die gesamte Regierungszeit Bismarcks und darüber hinaus ein überaus wertvolles und informatives Quellenwerk dar. Keine andere Quelle

³⁰ Auf die Nützlichkeit einer „Registrierung“ von Zeitungen zu Wissenschafts- und Nachschlagezwecken wurde bereits vor knapp 100 Jahren von Martin Spahn hingewiesen, Spahn 1908.

³¹ Vgl. u.a.: Brunkow 1880–1883; Brabner 1894–95/1997; Baron und Lassalle 1915; k.k. Statistische Central-Commission 1883–1886.

bietet eine ähnlich umfangreiche Materialbasis über das politische, gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Geschehen ihrer Zeit, mit der die Außendarstellung der preußischen Staatsregierung und die Vermittlung ihrer Politik in der Öffentlichkeit eindrucksvoller dokumentiert werden können.

3. Stellenwert der Korrespondenzen und Ertrag des Projekts für weitere wissenschaftliche Forschungen

Bei wenigen Medien klaffen die publizistische Bedeutung in ihrer Zeit und die spätere wissenschaftliche Beachtung weiter auseinander als bei PC und NM. Die PC galt nach Auffassung namhafter Historiker und Publizistikwissenschaftler noch vor wenigen Jahren als verschollen, die NM waren gänzlich unbekannt. Inzwischen sind beide – soweit überliefert – sicherheitsverfilmt. Über die Inhalte der Periodika ist nur Bruchstückhaftes bekannt. Auch über die redaktionelle Entstehung lagen lange keine validen Forschungsergebnisse vor. Deshalb blieb die Bedeutung von PC und NM sowie der Amts- und Kreisblattpresse der Forschung verborgen. Dabei hatte kein Blatt im Deutschland der 1860er bis frühen 1880er Jahre eine größere Auflage erreicht – abgesehen von der „Gartenlaube“. Wird das weitere Publikum der Kreisblätter zugerechnet, die nicht die PC, sondern nur einzelne Artikel lasen, blieb selbst die Familienzeitschrift deutlich hinter der Korrespondenz zurück. Insbesondere die PC wurde weit über Preußen hinaus im Reich und im europäischen Ausland wahrgenommen. Die von den Korrespondenzen inspirierte und gesteuerte Presse erreichte ein Fünftel bis ein Viertel der Gesamtauflage der damaligen preußischen Tagespresse. PC und NM erschlossen mithin auch neue Leserschichten.

Im Kontext der Entstehung der Massenpresse im Deutschland des 19. Jahrhunderts sind die Korrespondenzen Kennzeichen einer revolutionären Neuerung, die gerade deshalb so unbemerkt blieb, weil sie vor den Augen der Öffentlichkeit stattfand: Mit ihnen erkannten auch jene konservativen Kräfte die Öffentlichkeit *volens volens* als Legitimationsinstanz an, die sie bis dato – z.B. 1848 und danach – noch abgelehnt und vehement bekämpft hatten. Das reichte weiter, als manchem Zeitgenossen vielleicht bewusst war: Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts vollzog sich mit der Massenpresse ein weiterer Schritt der Fundamentalpolitisation der deutschen Gesellschaft: Eine Idee hat dann gewonnen, wenn sich auch die vormaligen Gegner zu ihr bekennen. Diese Idee ist hier das Prinzip Öffentlichkeit. Der Sieg der Idee ist allerdings eher formalstrukturell denn materiell-inhaltlich zu verstehen: Denn der quasi-egalitäre Appell der Korrespondenzen sollte nicht mit dem Triumph von Demokratie und deliberativem Diskurs verwechselt werden.

Wenn in diesem abstrakten Prinzip indirekt die größte Bedeutung der Korrespondenzen besteht, so hatten sie doch zugleich höchst konkrete Wirkungen: PC und NM standen im Zentrum der offiziellen Presse. Durch die inhaltliche

Steuerung der Kreis- und Amtsblattpresse wurden die Korrespondenzen zu einem eminenten Faktor für die Entwicklung der ländlichen Gesellschaft im späten 19. Jahrhundert. Der Verbund aus Korrespondenzen und Kreisblättern besaß in der Zeit zwischen preußischem Verfassungskonflikt und Demission Bismarcks die größte Bedeutung. Die PC war eines der meistzitierten Blätter ihrer Tage. Dabei stellt sich die generelle Frage, ob das Pressesystem Teil des Kriegs des Landes gegen die Stadt war? Eduard Laskers Vorwurf an Bismarck dürfte, zumindest in seiner Pointierung, an den politischen Möglichkeiten vorbeigehen.³² Bismarck hätte es mit seinem Sinn für das Pragmatische anders beurteilt: Unterstützung für seine Politik war nur unter Einsatz völlig verschiedener Mittel zu gewinnen. Auf dem *Land* waren die Bedingungen noch günstig genug, die öffentliche Meinung mit Pressepolitik zu beeinflussen. Für die *Stadt* reichten die Möglichkeiten schon nicht mehr aus.

Doch dank ihrer unterschiedlichen Funktionen eröffneten die Korrespondenzen interessante pressepolitische Möglichkeiten: Die PC war zum Ersten eine wöchentliche Beilage, zum Zweiten eine eigenständige Wochenzeitung, zum Dritten eine agenturähnliche Korrespondenz, zum Vierten amtliches Anzeige-, Publikations- und Dokumentationsorgan, zum Fünften ein Parteiblatt. Bei den NM blieben nur die Funktionen zwei, drei und fünf übrig. Das System der Korrespondenzen ist mithin nur als Teil eines größeren Zusammenhangs verständlich. Aber gerade daraus ergeben sich für weitere Forschungen – aus unterschiedlichsten Fächern – interessante Anknüpfungspunkte. Die Vielzahl möglicher Fragestellungen reicht weit über kommunikationshistorische hinaus. Die Kommunikationswissenschaft und ihre Nachbardisziplinen Politologie, Soziologie und Geschichtswissenschaft müssen sie nur stellen:

Die Korrespondenzen geben ein Beispiel für die Adaption fremder Medienkonzepte. Wo häufig die Publizistikwissenschaft nur Mutmaßungen darüber anstellen kann, ob und wie weit ein ausländisches Blatt zum Vorbild für eine Neugründung wurde, liegen hier aktenkundige Nachweise vor. Diese machen deutlich, dass Adaption immer auch Anpassung bedeutet. Dabei mussten sich die Initiatoren an den Bedürfnissen des ministeriellen Apparats, der Verwaltung und des ländlichen Publikums orientieren.

Als agenturähnliche Korrespondenz werfen die Korrespondenzen Fragen nach den Nachrichtenfaktoren und -werten, die damals galten, auf. Die publizistischen Nachrichtenwertetheorien kranken daran, dass sie von einer Unveränderlichkeit der Werte ausgehen. Diese Sicht ist aber durchaus fragwürdig. Zwar ist Neugierde eine universalhistorische Kategorie, die Korrespondenzen hingegen verdeutlichen, dass das, was die Außergewöhnlichkeit eines Ereignisses konstituiert, bzw. wann etwas als folgenreich angesehen wird oder was

³² Gall 1980; Nipperdey 1983, 402f.

räumliche oder kulturelle Nähe definiert, keine konstanten, von der Zeit unabhängigen Faktoren darstellen.

Die Diffusion der Informationen und Wertungen ist ebenfalls ein lohnendes Forschungsvorhaben. Die Ausstrahlung in fremde Blätter, in die Parlamente oder in den „Wippermann“ und „Schulthess“ enthält interessante Rückkopplungsschleifen, die zudem zu einigen historischen Artefakten geführt haben dürften. Denn auch Karl Wippermann war einer der *Literaten* des Büros und filterte mithin eine veröffentlichte Meinung, die dann doppelt gebrochen den amtlichen Intentionen des preußischen Ministerpräsidenten entsprochen haben mochte – oder bisweilen auch nicht. Die Doppelbödigkeit gilt auch für die Redaktion der Kreisblätter in den Landratsämtern. Da die Landräte zur gleichen Zeit die öffentlichen Stimmungen ihrer Kreise aufzeichneten, schlossen sie die öffentliche mit der veröffentlichten Meinung kurz. Das hat Konsequenzen für die Rezeptions- und Publikumsgeschichte. Zwischen der gesetzten Agenda und der Autonomie des Publikums wäre die noch zu schreibende Publikumsgeschichte zu verorten.

Damit verbunden sind Probleme, welche die Funktion des Blattes als Anzeige-, Publikations- und Dokumentationsorgan betreffen. Denn die PC verknüpfte Binnen- mit Außenkommunikation. Es ist anzunehmen, dass die vielfach abgedruckten Reden und Stellungnahmen nicht nur der Information des Publikums dienten, sondern auch den Beamten Hintergrundmaterial bieten sollten. Damit lässt sie sich als Medium der Organisationskommunikation – hier des Verwaltungsapparats – lesen. Zugleich lieferte die PC den konservativen Honoratioren der Kreise Argumentationshilfen. Besonders deutlich wird diese Funktion in Wahlkampfzeiten. Die PC als Mittel der Wahlkampfkommunikation ist eine zentrale Quelle, die von der historischen Wahlforschung bisher vernachlässigt wurde.

Kurzum: Der Internetauftritt der Korrespondenzen bietet eine interessante Quelle für viele Fragen, die sich mit der Modernisierung von Politik und Gesellschaft in Deutschland im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts beschäftigen.

References

- Baron, Ch. und Ch. Lassalle. 1915. *Dictionnaire des communes administratif & militaire*. 12. Aufl. Paris: Charles-Lavauzelle.
- Blumenauer, Elke. 2000. *Journalismus zwischen Pressefreiheit und Zensur. Die Augsburger „Allgemeine Zeitung“ im Karlsbader System (1818-1848)* (Medien in Geschichte und Gegenwart, Bd. 14). Köln: Böhlau.
- Bohrmann, Hans und Gabriele Toepser-Ziegert, eds. 2003. *Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V. 11. Bestandsverzeichnis*. Berlin: Vistas.
- Brabner, J. H. F., ed. 1894-95/1997. *The Comprehensive Gazetteer of England and Wales*. 6 vols., London: Thoemmes Press / Routledge.

- Brosius, Dieter. 1964. Welfenfonds und Presse im Dienste der preußischen Politik in Hannover nach 1866. *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 36: 172-209.
- Brunkow, Oskar, ed. 1880-1883. *Die Wohnplätze des Deutschen Reiches*. Auf Grund der amtlichen Materialien bearb. und hg. von 2 Abt., 8 Bde., Berlin: Selbstverlag.
- Bussiek, Dagmar. 2002. „Mit Gott für König und Vaterland!“ Die „*Neue Preußische Zeitung*“ (*Kreuzzeitung*) 1848-1892 (Schriftenreihe der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 15). Münster: Lit.
- Droysen, Johann Gustav und Peter Leyh, eds. 1977. *Historik*. Historisch-kritische Ausgabe. Stuttgart: Frommann-Holzboog.
- Frölich, Jürgen. 1990. *Die Berliner „Volks-Zeitung“ 1853 bis 1867. Preußischer Linksliberalismus zwischen „Reaktion“ und „Revolution von oben“* (Europäische Hochschulschriften, Rh. III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 422). Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Gall, Lothar. 1980. *Bismarck. Der weiße Revolutionär*. Frankfurt a.M./Berlin/Wien: Ullstein.
- k.k. Statistische Central-Commission, ed. 1883-1886. *Special-Orts-Repertorien der im Oesterreichischen Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder*, 12 Tle., Wien: Hölder.
- Lersch, Edgar und Rudolf Stöber. 2005. Quellenüberlieferung und Quellenrecherche. *Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte* 7: 208-30.
- Loeber, Irmgard. 1935. *Bismarcks Pressepolitik in den Jahren des Verfassungskonfliktes (1862-1866)* (Zeitung und Leben, Bd. 24). München: Diss. Phil.
- Nipperdey, Thomas. 1983. *Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat*. München: C.H. Beck.
- Opgenorth, Ernst und Günther Schulz. 2001. *Einführung in das Studium der neueren Geschichte* (Uni-Taschenbücher, 1553), 6., grundl. überarb. Aufl. Paderborn: Schöningh / UTB.
- Philippi, Hans. 1959. Zur Geschichte des Welfenfonds. *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 31: 190-254.
- Rusinek, Bernd-A., Volker Ackermann und Jörg Engelbrecht, eds. 1992: *Einführung in die Interpretation historischer Quellen. Schwerpunkt: Neuzeit* (Uni-Taschenbücher, 1674). Paderborn: Schöningh / UTB.
- Spahn, Martin. 1908. Die Presse als Quelle der neuesten Geschichte und ihre gegenwärtigen Benutzungsmöglichkeiten. *Internationale Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik* 2: 1163-70, 1201-11.
- Steinbach, Peter. 1999. Zeitgeschichte und Massenmedien aus der Sicht der Geschichtswissenschaft. In *Massenmedien und Zeitgeschichte* (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 26), ed. Jürgen Wilke, 32-52. Konstanz: UVK.
- Stöber, Rudolf. 1996. Bismarcks geheime Presseorganisation von 1882. *Historische Zeitschrift* 262: 423-51.
- Stöber, Rudolf. 1999. Die „Provinzial-Correspondenz“ 1863-1884. Das größte politische „Wochenblatt“ seiner Zeit. *Publizistik* 44 (2): 165-84.
- Tolkemitt, Brigitte. 1995. *Der „Hamburgische Correspondent“. Zur öffentlichen Verbreitung der Aufklärung in Deutschland* (Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur, Bd. 53). Tübingen: J.C.B. Mohr.

Wolfgang Saile. 1958. *Hermann Wagener und sein Verhältnis zu Bismarck. Ein Beitrag zur Geschichte des konservativen Sozialismus* (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Bd. 9). Tübingen: J.C.B. Mohr.